

Neonlicht und eine kalte Dusche

Besuch in der umstrittenen Asylunterkunft in Buus, wo 13 Frauen aus Afrika untergebracht sind



Kaum Hoffnung auf Besserung. Improvisierter Gebetsraum in der Asylunterkunft. Fotos Pino Covino



Ohne Ordnung gehts nicht. Dahnay und die anderen Frauen schlafen auf engstem Raum.

Von Boris Gygax

Buus/Liestal. Die Asylbewerberinnen in der Buusner Zivilschutzanlage haben längst Galgenhumor entwickelt. An den metallenen Lüftungsrohren an der Decke hängen noch immer Weihnachtskugeln. Darauf angesprochen, antwortet die 20-jährige Kissa* ironisch: «So haben wir jeden Tag Weihnachten.»

Festliche Stimmung mag jedoch unter der Erdoberfläche nicht aufkommen. Die 13 Frauen aus Uganda, Äthiopien und Eritrea sind aufgebracht. Es ist frostig im Untergrund. Zwei Heizkörper sollen das wärmen, was der Winter tiefgefroren hat. Doch den Betonboden lässt das kalt. Vier Frauen wohnen bereits seit zwei Jahren im Bunker. Ihre Schweiz ist momentan ein paar Quadratmeter gross.

Die Buusner Asylunterkunft ist nun im ganzen Baselbiet zum Gesprächsthema geworden. EVP-Landrätin Elisabeth Augstburger machte den Regierungsrat auf die Zustände aufmerksam. Sie fordert, dass Zivilschutzanlagen nicht länger als dauerhafte Unterkunft verwendet werden dürfen. «Dies ist schlicht unwürdig für ein Land wie die Schweiz.»

Im Gespräch mit den Frauen kommt tatsächlich Schamgefühl auf. Dahnay

ist im siebten Monat schwanger. Sie schläft auf einer dünnen Matratze, die auf einem Brett liegt. Zwei Schlafräume gibt es. Auf den Hochbetten liegen noch Koffer, in denen die Frauen ihr Hab und Gut verstaut hatten. Die einzige Dusche liegt im Eingangsbereich neben Waschmaschinen, spärlich abgetrennt mit einem blauen Vorhang. Der Boiler vermag nicht so viel Wasser zu heizen, dass alle warm duschen können.

Schwierige Betreuung

Normalerweise seien Zivilschutzanlagen eine temporäre, wenn nicht sogar eine Notlösung, sagt Maurizio Reppuci, Leiter Asylwesen bei der ABS Betreuungsservice AG, die für die Buusner Asylunterkunft zuständig ist. In so einem Fall solle aktiv weitergesucht werden, um eine Alternative zu finden. Die Betreuung sei in solchen Anlagen immer schwierig, gemäss dem zuständigen Mitarbeiter laufe es in Buus «relativ gut», sagt Reppuci, «was auch immer das heissen mag».

Jede Gemeinde im Baselbiet hat die Pflicht, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, um die vom Kanton zugeteilten Asylbewerber unterzubringen. Dass dies in Buus, das mit Wenslingen, Zeglingen, Rünenberg und Tecknau eine

Verbundlösung traf, nicht optimal gelang, möchte der Gemeindeverwalter Beat Sägger nicht abstreiten. Die Anlage sei ursprünglich für ein Jahr gedacht gewesen. Damals musste die Gemeinde eine Notlösung finden. Die Zivilschutzanlage in Tecknau, die bisher das Kontingent an Asylbewerbern aller Verbundpartner beherbergte, musste geschlossen werden. «Es gab schlicht keine Alternative in den Dörfern. Weder Wohnungen noch ein Haus waren frei. Darum haben wir unsere Zivilschutzanlage in Betrieb gestellt», erklärt Sägger.

Die Gemeinde habe den Frauen auch einen Aufenthaltsraum neben der Turnhalle zur Verfügung gestellt, damit sie nicht immer tagsüber im Untergrund bleiben müssen. «Doch dieser wurde bisher nicht genutzt.» Die ABS habe das den Frauen mitteilen sollen, doch die wissen offenbar nichts davon.

Der Fernseher ist ständig in Betrieb. Es laufen Telenovelas auf Deutsch, doch das scheint den Frauen egal zu sein. Während sie erzählen, fallen sie einander ins Wort, die Stimmen werden lauter. Es ist offensichtlich, dass sich auch Frust bei ihnen aufgestaut hat. Sie erzählen von den Unterkünften in Basel, die seien besser. Die Asylbewerberinnen haben Kontakt zu anderen in der

Region. Auf die Frage, ob der Vater von Dahnays Baby auch in der Gegend wohnt, kichern die Frauen. Viele haben nur Flipflops und Socken an den Füßen. Für Winterkleider fehle ihnen das Geld. 370 Franken erhalten sie monatlich, 73 Franken kostet das U-Abo. Und wenn noch eine Spitalrechnung wie bei der schwangeren Dahnay dazukommt, dann sei das ganz schön knapp.

«Wie im Gefängnis»

Sägger erzählt, dass die Frauen nicht viel Zeit in der Unterkunft verbringen würden. Gewisse kämen gar erst am Morgen wieder, übernachteten also auswärts. Ob das vielleicht an der Unterkunft liege, kann er nicht sagen. «Wir sind dankbar, dass wir hierher kommen durften», sagt Senait. Für die ersten Monate sei die Unterkunft in Ordnung gewesen. Doch nach zwei Jahren sei es einfach nicht mehr auszuhalten. «Ich fühle mich wie in einem Gefängnis.»

Er habe die Probleme dem Kanton mitgeteilt, beteuert Sägger. Und er verstehe nicht, warum die Frauen nach ein paar Monaten nicht woanders untergebracht wurden. Buus sei nur als Durchgangsunterkunft geeignet. Doch in Liestal kümmere das niemanden. «Im Notfall stellt man uns die Asylbewerber

auf dem Dorfplatz ab», dies habe er vom Kanton vernommen.

Man werde sicher keine Obdachlosen produzieren, hält Rolf Rossi fest, Abteilungsleiter der Koordinationsstelle für Asylbewerber. «Aber wir können nicht einfach kleine Gemeinden mit wenig Infrastruktur entlasten. Das wäre gegenüber den Gemeinden unfair, die überdurchschnittlich viele Asylbewerber aufnehmen.» Dass es in Buus aber nicht optimal lief, gibt auch Rossi zu. Die Frauen aus Eritrea seien in einer Zeit gekommen, als der Bund die Aufenthaltbewilligungen nur noch sehr schleppend verteilte. «Sie fielen etwas zwischen Stuhl und Bank.» Man habe die Frauen nicht in ein geeigneteres Heim umverteilt, weil dies unter anderem zu organisatorischem und administrativem Mehraufwand geführt hätte, so Rossi.

Er und Sägger treffen sich am Mittwoch zu einer Aussprache. Wie es danach weitergeht, können die beiden nicht sagen. Man hoffe, eine alternative Lösung zu finden. Auch die ABS versprach, nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen. Bis auf Weiteres müssen sich die 13 Asylbewerberinnen in Buus mit Neon-statt Tageslicht begnügen.

* Namen von der Redaktion geändert.

Novartis: Liestal statt Zugersee?

Bad Schauenburg wird geprüft

Liestal. Der Pharmakonzern Novartis überlegt sich offenbar, sein geplantes Ausbildungszentrum in Liestal zu realisieren. Im Fokus steht das Erholungs- und Tagungshotel Bad Schauenburg oberhalb von Liestal. Gegenüber der «Schweiz am Sonntag» bestätigte der Leiter Novartis Schweiz, Pascal Brennisen, dass das Hotel als möglicher Standort für ein Ausbildungszentrum für Novartis-Führungskräfte evaluiert werde. Der Vorteil: Die Immobilie ist im Besitz der Firma. Ende der 1950er-Jahre hatte die ehemalige J.R. Geigy AG das Areal gekauft, um dort Villen für das Direktionskader zu bauen. Dieser Plan konnte aber nicht realisiert werden.

Eigentlich hatte der ehemalige CEO und Verwaltungsratspräsident Daniel Vasella beabsichtigt, das Ausbildungszentrum in Riesch am Zugersee zu bauen. Vor eineinhalb Monaten stoppte der Konzern die Planung für das 100-Millionen-Projekt überraschend. Stattdessen wolle man eine Alternative näher am Standort Basel prüfen. Schon damals kündigte der Leiter der Baselbieter Wirtschafts Offensive, Marc-André Giger, an, den Pharmamulti bei der Suche unterstützen zu wollen. «Wir würden alles daran setzen, um einen Kunden wie Novartis happy zu machen», sagte Giger gegenüber der BaZ. hys

Budgetstreit reisst tiefe Gräben auf

Binnerger Einwohnerräte üben scharfe Kritik am Gemeinderat

Von Rolf Zenklusen

Binningen. Ein erbitterter, teilweise absurder Streit um das Budget 2014 hält gegenwärtig die Binnerger Politik auf Trab. Am 9. Dezember 2013 wies der Einwohnerrat das Budget 2014 zurück; am 27. Januar wurde es mit der knapp möglichen Mehrheit genehmigt. Im Dezember wie im Januar erklärten FDP, SVP und CVP/GLP, der Gemeinderat habe zu wenig gespart – die geplante Steuererhöhung sei nicht nötig. Der Gemeinderat konterte, es sei unmöglich, die fehlenden Steuereinnahmen von fünf bis sieben Millionen einzusparen.

Weder der Gemeinderat noch die bürgerliche Mehrheit im Parlament rückten wesentlich von ihren Positionen ab. Im Januar wurden nur kleine Sparmassnahmen beschlossen, die das Finanzproblem kaum lösen. Erschwerend kam hinzu, dass Linke und Bürgerliche im Einwohnerrat tief gespalten sind. Im Dezember sagten die Bürgerlichen Nein zum Budget, weil der Gemeinderat zu wenig spart. Im Januar sagten SP und zwei Parteilose Nein, weil die Steuern nicht erhöht wurden. Blockade hüben und drüben.

Dazwischen operierte Eduard Rietmann, Präsident der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK). Er sieht die mangelhafte Kommunika-

tion des Gemeinderates als Hauptgrund für den Streit. Der Grünliberale fordert seit längerem vergeblich eine Auslegung, die aufzeigt, bei welchen Budgetposten der Gemeinderat Einfluss hat. Auch die vom Kanton vorgegebenen «gebundenen» Ausgaben müssten analysiert werden. Diese Analyse zeige vielleicht, dass höhere Steuern unumgänglich seien.

«Die luxuriöse Variante gewählt»

FDP-Fraktionschef Markus Ziegler sieht die Fehler beim Gemeinderat. Solange dieser das Finanzloch einseitig mit Steuereinnahmen stopfen wolle, mache die FDP nicht mit. «In den letzten zehn Jahren sind die Ausgaben um 40 Prozent gewachsen, die Einnahmen um vier Prozent.» Bei den gebundenen Ausgaben sieht auch Ziegler Sparpotenzial. «Aufträge des Kantons kann man auf verschiedene Weise ausführen. Binningen hat bis jetzt die luxuriöse Variante gewählt.»

Am liebsten hätte die SVP das Budget auch zum zweiten Mal abgelehnt, erklärt Fraktionspräsident Christoph Anliker. Als Beitrag zu einem Kompromiss habe die Fraktion zugestimmt. Anliker könnte sich höhere Steuern vorstellen – aber erst, wenn alle Informationen über die Steuerentwicklung auf dem Tisch liegen.»

Anand Jagtap, Fraktionschef Grüne/EVP und Befürworter einer Steuererhöhung, sagt: «Der Gemeinderat hat es zweimal verpasst, Lösungen vorzuschlagen, die eine Mehrheit finden.» Hinterfragen müsse der Gemeinderat seine Kommunikation: «Offenbar können sie mit dem Druck, den der Einwohnerrat aufbaut, nicht umgehen.»

SP-Fraktionschefin Gaida Löhr Vannoncini sagt, die SP sei bereit zu sparen. «Nur beim Steuerfuss waren wir stur.» Schulden machen sei kein Weg, das Eigenkapital bald aufgebraucht. «Wir werden in ein noch höheres Defizit geraten», warnt Löhr. Allein die Ausfinanzierung der Pensionskasse koste 30 Millionen.

Gemeindepräsident Mike Keller (FDP) wirft den Bürgerlichen vor, sie seien mit «vorgefassten Meinungen gegen eine Steuererhöhung» in die Diskussion gestiegen. «Die Linken waren kompromissbereiter.» Im Budget von über 60 Millionen könne der Gemeinderat nur über acht bis zehn Millionen selbst bestimmen. Innerhalb dieses Bereichs gebe es Sparmöglichkeiten – aber nur mit schmerzhaften Einschnitten. «Wir könnten zum Beispiel unser Hallenbad schliessen», sagt Keller. Wie viel damit gespart werden könnte, will der Gemeinderat im Mai im Rahmen eines Sparpakets aufzeigen.

Nachrichten

Abfallberg brannte – Gestank in Münchenstein

Münchenstein. Am frühen Samstagmorgen kurz vor 4 Uhr brach in der Halle einer Entsorgungsfirma an der Pumpwerkstrasse in Münchenstein ein Brand aus. Das Feuer konnte rasch gelöscht werden. Verletzt wurde niemand. Aber durch die starke Rauchentwicklung des brennenden Abfallberges kam es zu massiven Geruchsbelästigungen, die auch über die Kantonsgrenze hinaus wahrnehmbar waren. Die Brandursache ist noch unklar und Gegenstand von weiteren Abklärungen durch den kriminaltechnischen Dienst der Baselbieter Polizei. Auch die Höhe des beim Brand entstandenen Sachschadens ist noch unbekannt.

Oberwil prüft Wechsel der Pensionskasse

Oberwil. Der Gemeinderat Oberwil hat beschlossen, eine Alternative zur Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) prüfen zu lassen und bei von den anderen Gemeinden empfohlenen Vollversicherern und autonomen Sammelstiftungen jeweils eine Offerte einzuholen. Die Gemeinde rechnet, dass die Ausfinanzierung der BLPK ein Loch von rund 18 Millionen in die Kasse reissen würde.